

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Discussion Paper

C163
2006

Swetlana W. Pogorelskaja

Die Bedeutung der deutschen parteinahen Stiftungen für die EU-Politik gegenüber den MOE- und GUS- Staaten

ISSN 1435-3288

ISBN 3-936183-63-5

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-4952
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>

Swetlana Wadimowna Pogorelskaja, geb. 1963, studierte Politikwissenschaft und Philosophie an der Moskauer Lomonossow-Universität (Diplom) und an der Universität Bonn (Promotion), arbeitet als leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für wissenschaftliche Information zu Gesellschaftswissenschaften (INION) Akademie der Wissenschaften Russlands, als wissenschaftliche Autorin und als freie Publizistin. 2005/2006 war Swetlana Pogorelskaja Visiting Senior Fellow am ZEI.

Swetlana W. Pogorelskaja

Die Bedeutung der deutschen partei- nahen Stiftungen für die EU-Politik gegenüber den MOE- und GUS-Staaten

Einführung

Die international tätigen NGOs¹, die sich immer mehr als Akteure der internationalen Zivilgesellschaft und Sprachrohre der globalen Öffentlichkeit verstehen, haben in letzter Zeit enorme Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme erhalten. Sie tragen zur Demokratisierung der Weltpolitik bei, leisten umfangreiche und vielseitige Arbeit in der Dritten Welt sowie in den Transformationsstaaten und bringen aktuellste Themen, die von der offiziellen Politik verdrängt oder weniger berücksichtigt werden, ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit. Es ist verständlich, dass die EU sich von Anfang an bemühte, die Zusammenarbeit mit den internationalen NGOs zu institutionalisieren.

Von besonderer Wichtigkeit für die Außenpolitik eines Staates sind aber nationalstaatlich verwurzelte und gemeinnützige NGOs, die von ihrem Staat Fördermittel für ihre Projekte im Ausland erhalten und sich dadurch in die langfristigen außenpolitischen Strategien einbetten lassen. Infolge der weiteren politischen Konsolidierung der EU und der Ausarbeitung ihrer gemeinsamen außen- und sicherheitspolitischen Strategien gewinnen solche Organisationen immer mehr europäische Bedeutung. Im Vergleich zu den „klassischen“ Instrumenten der Politik verfügen die NGOs über mehrere Vorteile.

Zum ersten können sie sich in ihrer Arbeit mehr Freiheiten erlauben, als es den staatlichen Mittlerorganisationen gegönnt ist.

Zum zweiten können sie auf unterschiedlichen Feldern der Politik gleichzeitig tätig werden, angefangen vom klassischen interkulturellen Austausch und politischen Dialog bis zu Projekten im Rahmen der Krisenprävention. Selbst ihre entwicklungspolitischen Projekte der technischen Hilfe tragen z.B. gleichzeitig auch zur Entwicklung der für die Auswärtigen Kulturpolitik so wichtigen „Verständigungsverhältnisse“ bei. Im Prozess ihrer projektbezogenen Arbeit werden auch europäische politische Kultur, freiheitliche Werte, tolerante Umgangsformen vermittelt und zwar nicht unbedingt gezielt, sondern eher als „Nebeneffekt“.

Zum dritten sind sie billiger. Unter der Bedingung, dass die „klassischen“ Mittler- und Durchführungsorganisationen mit immer weniger Personal immer gewaltigere Aufgaben bewältigen müssen, treten die NGOs beinahe als Retter auf. Sie sind zwar (im Sinne des Auswärtigen Dienstes) weniger professionell, dafür aber flexibel und bedürfen weniger bürokratischen Aufwands. In Zeiten großer Herausforderungen und knapper Mittel sind die NGOs für die Außenpolitik eines Staates unersetzlich. Es ist an der Zeit, solche Organisationen noch bewusster und intensiver in die gemeinsamen europäischen Strategien einzubetten.

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über einzigartige Institutionen, die bereits seit Jahrzehnten in westlichen, europäischen, deutschen und eigenen Interessen weltweit unterwegs sind und deren Beitrag für alle Felder der deutschen Politik enorm groß ist: die *parteinahen Stiftungen*. Mit ihrer vielseitigen Arbeit in den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten haben sie bereits in den 90er Jahre eine Menge Gutes für Europa geleistet. Ihre Rolle für die EU wird aber noch größer in Folge der praktischen Umsetzung der Konzepte der Nachbarschaftspolitik, die vor allem „Ordnungspolitik zur Strukturierung und Gestaltung des unmittel-

1 NGO, Non-Governmental-Organisation bzw. NRO, Nichtregierungsorganisation.

telbaren Nachbarräumen² ist. Denn diese Aufgabenfelder entsprechen am besten dem selbst gewählten Auftrag der Stiftungen: „Wir wollen zugleich auf die Gestaltung politischer und gesellschaftlicher Ordnungen, auf politische Entscheidungsprozesse und auf die Entwicklung politischer und gesellschaftlicher Institutionen einwirken“³.

Im vorliegenden Beitrag wird in Kürze gezeigt, dass so gut wie alle Aufgabenbereiche der Auslandsarbeit der politischen Stiftungen sich bestens in die neue europäische Strategie gegenüber den EU-Nachbarstaaten und der so genannten „Peripherie“ einbetten lassen.

Politische Stiftungen: Status und Ziele

Bei den bundesweit tätigen parteinahen Stiftungen⁴, die im Vergleich zu den ihnen nahe stehenden Parteien in der Politik offiziell eher eine Nebenrolle spielen, laufen in Wirklichkeit etliche Fäden der Bundespolitik zusammen. Hier werden Strategien entwickelt, politische Gegner analysiert, Projekte entfaltet – und es wird eine Menge Geld bewegt.

Für ihre außen- und entwicklungspolitische Tätigkeit erhalten die Stiftungen zweckgebundene Mittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), des Auswärtigen Amtes (AA) und zu kleineren Teilen aus anderen Ressorts. Die Finanzierungsquelle ist von der Ausrichtung des jeweiligen Projekts abhängig. Im Unterschied zu den anderen Nichtregierungsorganisationen erhalten die Stiftungen aber auch institutionelle Förderung, die sog. Globalzuschüsse. Die Verteilung der Gesamtmittel auf die Stiftungen aus dem Bundeshaushalt richtet sich

2 Barbara Lippert, Assoziierung plus gesamteuropäische Aufgabenkonföderation: Plädoyer für eine selbstbewusste EU-Nachbarschaftspolitik, in: Integration Nr. 2/2006, S. 149 – 157, hier: 149.

3 Ottfried Henning, Netzwerke schaffen, in: KAS/Einblicke vom Oktober 1997, S.8.

4 Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES, der SPD nahe stehend), die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS, der CDU nahe stehend), die Hans-Seidel-Stiftung (HSS, der CSU nahe stehend), die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS, der FDP nahe stehend), die Heinrich-Böll-Stiftung (HBS, Bündnis 90/den Grünen nahe stehend), die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS, der PDS nahe stehend).

nach einem Schlüssel, der die „dauerhaften, ins Gewicht fallenden Grundströmungen in der Bundesrepublik Deutschland“⁵ berücksichtigt.

Nach der Fülle der Aufgaben, die sie innerhalb und außerhalb des Landes zu bewältigen haben, sind sie mit keiner anderen deutschen NGO zu vergleichen. Mit Ausnahme der Friedrich-Naumann-Stiftung, die in der Tat eine Stiftung des privaten Rechts ist, handelt es sich bei den anderen politischen Stiftungen um eingetragene Vereine. Als eingetragene Vereine haben sie, von der rechtlichen Seite gesehen, viel mehr Spielraum für ihre Arbeit innerhalb und außerhalb des Landes. Die Präzisierung des rechtlichen Status der parteinahen Stiftungen erfolgte im Laufe der permanenten Diskussionen über die Finanzierung der politischen Parteien und im Laufe der Vervollständigung der entsprechenden Gesetze. Die Stiftungen selbst sind aber in gewisser Weise „gesetzlos“, obwohl zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche politische Kräfte zwecks Beseitigung des Vorwurfs der rechtlichen Grauzone nach einem speziellen Stiftungsgesetz strebten. Gegenwärtig gilt für die politischen Stiftungen die Entscheidung des zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Juli 1986, durch die die umstrittene „Parteinähe“ im Hinblick auf die Finanzierungsfragen präzise Grenzen bekam⁶. Die Kommission unabhängiger Sachverständiger zur Parteienfinanzierung bestätigte außerdem 1993, dass die politischen Stiftungen eine für das Gemeinwesen nützliche Arbeit leisten. Die innen- und außenpolitische Arbeit der Stiftungen unterliegt grundsätzlich der ministeriellen und parlamentarischen Kontrolle. Die finanziellen Ausgaben werden außer vom Zuwendungsgeber noch vom Bundesrechnungshof, den Landesrechnungshöfen, dem Finanzamt und von Wirtschaftsprüfern kontrolliert.

Darüber hinaus haben die Stiftungen 1996 eine „Gemeinsame Erklärung zur staatlichen Finanzierung der Politischen Stiftungen“ verabschiedet, in welcher sie nachdrücklich die Gemeinnützigkeit ihrer Arbeit betonten und

5 Urteil des BVerfG vom 14.7.1986. Gewährung von Globalzuschüssen zur politischen Bildungsarbeit an parteinahe Stiftungen, in: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Band 73, Tübingen 1987, S. 1-39. Text im Internet: <http://www.oefre.unibe.ch/law/dfr/bv073001.html>.

6 Ebd.

darauf hingewiesen haben, dass sie „auch ohne gesetzliche Publizitätspflicht ihre Mittelverwendung offen gelegt haben“⁷.

Die politischen Stiftungen müssen auf einem sehr schmalen Grat balancieren, um die erforderliche „Parteinähe“ zu wahren: Sie müssen der Partei fern genug bleiben, um von ihr getrennt als „rechtlich und tatsächlich unabhängige Institutionen“ aus öffentlichen Mitteln finanziert zu werden; und sie müssen ihr nahe genug stehen, um eine institutionelle Förderung in Form der Globalzuschüsse zu erhalten, die den anderen NGOs mit gesellschaftlichem Auftrag nicht zusteht. Es geht also um eine Art der Wechselbeziehung zwischen der Stiftung und „ihrer“ Partei, die unübersehbar ist, die allerdings von der formellen rechtlichen Seite schwer nachzuweisen ist, weil sie nicht auf dem offiziellen, sondern eher auf einem ideellen und politisch-persönlichen Niveau zum Ausdruck kommt. Durch die persönlich-politische Wechselwirkung sind die Stiftungen maßgeblich am Gestaltungsprozess der Politik der entsprechenden Partei beteiligt.

Die satzungsmäßigen Aufgaben der politischen Stiftungen folgen dem demokratischen Grundkonsens und unterscheiden sich kaum voneinander. Die jeweilige Parteinähe sorgt allerdings für die entsprechende Schwerpunktsetzung in ihrer innenpolitischen Arbeit und auswärtigen Tätigkeit. Im Mittelpunkt der Arbeit aller parteinahen Stiftungen steht die *politische Bildung*. Zu den weiteren Aufgaben gehören *Studienförderung*, *wissenschaftliche Arbeit* und *Politikberatung*. Jede der politischen Stiftungen hat auch die Aufgabe, die *internationale Zusammenarbeit* und *Kooperation* sowie die *europäischen Einigungsbestrebungen* zu unterstützen und *Entwicklungshilfe* zu fördern.

Die Auslandsarbeit der Stiftungen zeigt deutlich, dass sie weder „Außenstellen“, noch „Institute“ oder „Instrumente“ der Parteien sind. Selbst wenn sich die Stiftungen in Projekten der internationalen Organisationen enga-

7 Gemeinsame Erklärung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Friedrich-Naumann-Stiftung e.V., Hanns-Seidel-Stiftung e.V. und der Heinrich-Böll Stiftung e.V. zur staatlichen Finanzierung der Politischen Stiftungen vom 12. Dezember 1996, 9 S., hier: S. 8. Aktualisierte Fassung vom November 1998 siehe: <http://www.fes.de/intro/finan.html>; Siehe auch: Grundsätze der Finanzierung politischer Stiftungen, Sankt-Augustin 3. Februar 2000, 6 S. (vervielfältigt).

gieren, deren Mitglieder „ihre“ Parteien sind, und selbst wenn sie in der internationalen Welt zur Wahrnehmung und Profilierung der ideologischen Grundwerte der ihnen nahe stehenden Parteien beitragen, wirken sie nicht unbedingt in ihrem Auftrag. Die „Eigenwilligkeit“, die die Stiftungen in ihrer Auslandstätigkeit einmal gegenüber den eigenen Parteien mit dem Verweis auf die Notwendigkeit des „breiteren Ansatzes“ im Dienst der deutschen Interessen, ein anderes mal gegenüber dem Auswärtigen Amt mit dem Verweis auf ihr eigenes Selbstverständnis und mit der Begründung, ihren Partnern gehöre die Zukunft, demonstrieren, folgt aus ihrer Parteinähe. Dank dieses einzigartigen Status nehmen die Stiftungen einen besonderen Platz im bundesdeutschen gesellschaftlichen und politischen Gefüge ein.

Politische Stiftungen begleiten, ergänzen und entlasten die amtliche Außenpolitik, sie ermöglichen die Umsetzung langfristiger außenpolitischer Zielsetzungen dort, wo dies mit den Mitteln des Auswärtigen Dienstes nicht zu erreichen ist. Ihre Präsenz in den „Grauzonen“ der Politik in den Staaten, in denen sie ihre Vertretungen haben und langjährige Projektarbeit durchführen, erlaubt ihnen, die deutsche Politik effizient zu beraten. Da sie in ihren Entscheidungen weitgehend selbständig sind und in Eigenverantwortung handeln, führen sie u.a. auch Projekte durch, die sich ggf. von den jeweiligen außenpolitischen Konzepten der Bundesregierung unterscheiden können. Gelegentlich gewinnt eine solche Tätigkeit unmittelbaren Bezug zur Neugestaltung dieser Konzepte, so dass die Stiftungen nicht nur als Instrumente der Politik, sondern auch als ihre Akteure auftreten. Darüber hinaus tragen sie als international agierende NGOs zur internationalen Kommunikation bei und versuchen, auf die Ausgestaltung der internationalen Beziehungen Einfluss zu nehmen und internationale Netzwerke zu schaffen.

In allen ihren Eigenschaften sind sie für die gegenwärtige auf zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung gerichtete deutsche Außenpolitik unersetzlich. Infolge der weiteren politischen Konsolidierung innerhalb der EU, der Gestaltung der GASP und vor allem der praktischen Umsetzung der Konzepte der Europäischen Nachbar-

schaftspolitik gewinnen diese Eigenschaften eine immer deutlichere europäische Dimension.

Zielgruppen, Partner

Eines der Grundsatzprinzipien der Auslandsarbeit der politischen Stiftungen ist und bleibt die Arbeit mit Gruppen, auch wenn die Stiftungen hier und da aus bundespolitischen und eigenen Interessen von diesem Prinzip abweichen und, besonders bei der Arbeit in den Grauzonen der Politik, Kontaktnetze mit einzelnen Entscheidungsträgern aufbauen.

Zu den *Zielgruppen* der Auslandsarbeit der politischen Stiftungen gehören Entscheidungsträger in politischen, wirtschaftlich-politischen, rechtlichen bzw. verfassungsrechtlichen Bereichen, in den Strukturen der kommunalen Selbstverwaltung, im wissenschaftlichen und universitären Bereich, aber auch freie Intellektuelle, Journalisten und Studenten. Dadurch wird die Präsenz der Stiftungen auf allen politischen und gesellschaftlichpolitischen Ebenen des Gastlandes ermöglicht. So wie die Stiftungen in der Bundespolitik von unten bis oben, von der Basis bis in die Staatspolitik, aktiv sind, so bemühen sie sich auch in den Gastländern, solche Positionen zu beziehen, die eine Einwirkung auf die Schlüsselstellen des politischen und gesellschaftlichen Lebens erlauben.

Gearbeitet wird sowohl in Form der partnergebundenen Projekte als auch von Regieprogrammen, die vom Außenstellenleiter in eigener Verantwortung konzipiert und durchgeführt werden. Vieles hängt vom Status der Stiftung vor Ort ab. Es gibt nach wie vor Staaten, in denen es keine gesetzliche Möglichkeit gibt, Stiftung als solche zu registrieren. Als beispielsweise die FES ihre Arbeit in Moskau Ende der 80er Jahre aufgenommen hat, wurde sie zunächst als journalistische Niederlassung registriert. Es gab, wenn auch selten, Fälle, dass Außenstellenleiter ihre Arbeit sogar mit einem Touristenvisum aufgenommen haben. Mit dem Status hängt normalerweise auch die Besteuerung der Arbeit der Stiftungen vor Ort zusammen. Politische Stiftungen arbeiten mit den Mitteln aus dem Bundeshaushalt und haben daher schon Interesse, steuerlich nicht nach den gleichen Regeln wie private westliche Sponsoren behandelt zu werden.

Als *Partnerorganisationen* werden nichtstaatliche Strukturen bevorzugt. Das sind z.B. Gewerkschaften, Genossenschaften, diverse NGOs. Christlich orientierte politische Stiftungen fördern auch Unternehmerverbände, wenn deren ideologische Grundhaltung eine Öffnung zur Sozialpartnerschaft mit den Arbeitnehmern möglich macht. In letzter Zeit wird immer mehr unmittelbar mit Regierungsstrukturen, mit Parlamenten und Judikative zusammengearbeitet. Auch Forschungs- und Bildungsinstitute des Gastlandes können Partner der Stiftungen sein, insbesondere wenn sie einer „ideologisch verwandten“ Partei zuordenbar sind.

Die Formen der Zusammenarbeit mit den Partnern variieren von Land zu Land. Es kommt auf die Rahmenbedingungen der Arbeit an, auf die Ziele der Stiftungen im jeweiligen Land und auf die Stabilität und Stärke der Partnerorganisationen. In einigen Ländern haben die Stiftungen feste Partner, mit welchen ein besonderes Vertrauensverhältnis aufgebaut und ein Jahresprogramm mit einem entsprechenden Jahreshaushalt im Rahmen der langfristig angelegten Projekte abgeschlossen wird. In anderen wird bevorzugt mit wechselnden Partnern zusammengearbeitet, mit welchen im Rahmen von Teilprojekten oder einzelnen Maßnahmen des Regieprogramms Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen werden. Gegenwärtig ist eine institutionelle Förderung eines Auslandspartners eher die Ausnahme. In den postsowjetischen Staaten z.B. wird die Arbeit vorwiegend in Form von Regieprogrammen durchgeführt; Partnerverträge werden vorwiegend für die Durchführung von bestimmten Maßnahmen abgeschlossen. Projektmittel, die der Stiftung zur Verfügung stehen, werden nicht weiter gegeben. Das hängt mit der Steuergesetzgebung der Gastländer zusammen, die es nahezu unmöglich macht, die Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen so intensiv und stabil zu gestalten, wie es beispielsweise in Lateinamerika der Fall war.

Die Zusammenarbeit mit den politischen Parteien ist eine Sonderfrage. Wenn man über die „parteinah“ Natur der Stiftungen nachdenkt, scheinen als erstes politische Parteien der Gastländer als „natürliche Partner“ in Frage zu kommen. Dies wurde Anfang der 70er Jahre zum ersten Mal von den staatlichen Ressorts deutlich anerkannt: „Politische Stiftungen, die in der BRD eng mit den politisch gestaltenden Kräften verbunden sind, haben

mehr als andere die Bedeutung der politischen Entscheidungsebene für die Rahmenbedingungen der Entwicklung erkannt... Ein Weg der Mitwirkung auf dieser politischen Ebene ist die Förderung von Parteien, die nach Ansicht der Stiftungen eine angemessene Antwort auf die Entwicklungsnotwendigkeit ihrer Länder anzubieten haben“⁸. Das Wort „Förderung“ lässt sich breit interpretieren, deren Grenzen u.a. durch die Zustände in den entsprechenden Ländern bzw. durch die „Demokratiefreudigkeit“ der entsprechenden Regierungen gesetzt sind. Auch gibt es ein Paar außenpolitisch wichtige, auf amtlicher Ebene festgelegte Regeln, die die Vorwürfe der Einmischung in innere Angelegenheiten ausschließen sollen, z.B. Verbot, sich in den Wahlkämpfen zu beteiligen. Gegenwärtig versteht man unter dem Wort „Förderung von Parteien“ keineswegs eine institutionelle Förderung der den Stiftungen „verwandten“ Parteien des Gastlandes selbst, sondern die Zusammenarbeit mit den Instituten und Bildungsstätten dieser Parteien, Unterstützung bei der Schulung der Funktionäre, Expertenhilfe, also einen systematischen ideellen Beistand und, in seltenen Fällen, auch eine Ausstattungshilfe. Sollte es durch ein Parteiengesetz eines Gastlandes den Parteien verboten werden, mit den ausländischen Organisationen zusammenzuarbeiten, schalten die Stiftungen auf die Arbeit mit einzelnen Politikern um.

Politische Stiftungen koordinieren ihre Arbeit im Ausland sowohl untereinander, als auch mit dem Staat. Ihre Außenstellenleiter treffen sich außerdem regelmäßig miteinander und pflegen Kontakte zu den deutschen Botschaften. Dies erlaubt, eigene Arbeit effizienter zu gestalten und Überschneidungen mit den Projekten anderer Organisationen zu vermeiden.

Arbeitsbereiche

So gut wie jeder *Bereich* der Arbeit der parteinahen Stiftungen ist für die ENP von Bedeutung, dies um so mehr, da alle Bereiche im Grunde mitein-

8 Vgl. BMZ, Bericht über die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit geförderte Arbeit der drei politischen Stiftungen in Entwicklungsländern vom August 1973, in: Auswärtiges Amt. Bestand 401 (Zwischenarchiv), Bd. 118.163, S.4

ander verbunden sind. Die politischen Stiftungen befinden sich inmitten des Gefüges der vielfältigen innen- und außenpolitischen sowie der internationalen Beziehungen, die in der heutigen interdependenten Welt nicht mehr voneinander zu trennen sind. Das Stichwort, das bei der Analyse ihrer Arbeit als erstes in Frage kommt, heißt „Vernetzung“.

Bei einem Überblick über die Arbeitsbereiche, ist zu berücksichtigen, dass mehrere Ziele, die früher als „entwicklungspolitisch“ galten – wie z.B. Demokratieförderung angesichts der sich verändernden weltpolitischen Realitäten – für die EU mehr denn je außen- und sicherheitspolitische Relevanz besitzen. Die dauerhafte Stabilisierung des europäischen Nachbarrumes auf der Basis von Demokratie und Marktwirtschaft lässt sich nur auf dem Weg langfristig angelegter Strategien erreichen. Die deutschen politischen Stiftungen, die in ihrer Auslandsarbeit weitgehend frei von den Zwängen der Tagespolitik sind, haben bereits viel für die Durchsetzung der europäischen Interessen geleistet und werden noch mehr tun können, sobald ihre gestiegene Bedeutung für die neue europäische Politik erkannt wird.

Zu den „ältesten“ Arbeitsbereichen der politischen Stiftungen gehören Projekte im Rahmen der „Hilfe zur Selbsthilfe“ und Demokratieförderung. Seit den 60er Jahren bildeten sie einen wichtigen Bestandteil der deutschen *Entwicklungspolitik*. Die Ausrichtung und die Intensität einer solchen Arbeit in den Ländern der Dritten Welt variierte von Land zu Land. In einigen Staaten müssen zunächst strukturelle Voraussetzungen zur Behebung der „Unterentwicklung“ und Armut geschaffen werden, in den anderen geht es um die Förderung der bereits entstandenen zivilgesellschaftlichen, rechtstaatlichen Strukturen zwecks allmählicher Konsolidierung demokratischer, marktwirtschaftlicher, also weniger „konfliktträchtiger“ Systeme.

Anfang der 90er Jahre lagen östlich der EU-Grenze Staaten, die einerseits durch die dauerhafte Integration in das sozialistische System ähnliche Defizite in den wirtschaftlichen und gesellschaftlich-politischen Bereichen nachwiesen, andererseits derart unterschiedlich waren, dass eine einheitliche Strategie für den gesamten Raum nicht in Frage kam. Einige Länder strebten aufgrund ihrer historischen und politischen Traditionen – mit vol-

lem Recht – eine baldige Mitgliedschaft in den westlichen und transatlantischen Strukturen an, andere befanden sich erst am Anfang langwieriger Transformations- und Orientierungsphase. Demzufolge breit gefächert war die Spanne der Arbeit der deutschen politischen Stiftungen in diesen Staaten: von den in den NATO- und EU-Beitrittskandidaten durchgeführten Projekten zur Schaffung der für die Einbeziehung dieser Staaten in die westliche Gemeinschaft notwendigen Strukturen bis hin zur einer damals eher kultur- und entwicklungspolitisch ausgerichteten Arbeit in mittelasiatischen Ländern (die erst später an strategischer und sicherheitspolitischer Bedeutung gewannen).

Der ordnungspolitische Beitrag, den die deutschen parteinahen Stiftungen für *die Heranführung der Reformstaaten von Mittel- und Osteuropa an die europäischen Strukturen* geleistet haben, ist nicht zu unterschätzen. In einigen der MOE-Staaten haben sie noch vor dem Zerfall des Ostblocks ihre Arbeit im Rahmen des „politischen Dialogs“ aufgenommen. Nach der Wende waren sie überall in Osteuropa und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (SU) aktiv und förderten im Rahmen ihrer „Demokratisierungsprogramme“ die reformorientierten demokratischen Kräfte auf allen Ebenen, sei es in Politik, Gerichtswesen, kommunaler Selbstverwaltung oder Wissenschaft. Im bildungspolitischen Angebot unterschieden sich die Stiftungen damals nur in Nuancen, stärker aber in der Auswahl der Länder, was nicht zuletzt auf die Koordination ihrer Arbeit zurückging.

Im Kontext der ENP gewinnt ein weiterer Bereich, die *Demokratieförderung in den Transformationsstaaten*, an Bedeutung. Es handelt sich hier um die Staaten, die sich nicht als Entwicklungsländer einstufen lassen, die sich jedoch nach dem Zusammenbruch ihrer früheren Systeme in einem Übergangsprozess befinden, dessen erklärtes Ziel die Konsolidierung der demokratischen und marktwirtschaftlichen Systeme ist. Was sich dort in Wirklichkeit konsolidierte bzw. sich noch im Konsolidieren befindet, ist eine Frage, die der EU allmählich Sorgen machen kann. Denn die ENP will mehr, als nur einen Gürtel „stabiler“ Staaten zwischen der EU und der „Peripherie“; es sollen „gut regierte“, also im wahren Sinne des Wortes demokratische Staaten sein. Die Organisationen, wie die parteinahen Stiftungen, die in der Lage sind, unauffällig und dazu noch in Einklang mit den Regie-

rungen dieser Staaten eine strukturwirksame Arbeit zu leisten, sind gefragt. Bezogen auf die konkreten Bedürfnisse geht es um die Bekämpfung der nur diesen Staaten eigenen ordnungspolitischen Defizite zwecks Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung hin zur Demokratie.

Zu den Transformationsstaaten des östlichen und süd-östlichen Nachbarraums gehören sowohl die meisten postsowjetischen Staaten, die immer noch, wenn auch locker im Rahmen der GUS und anderen regionalen Strukturen mit einander kooperieren, als auch einige Balkanstaaten. Die mittelasiatischen Länder, die, wie alle GUS-Staaten, mit der EU über Handels- bzw. Kooperationsabkommen verbunden sind und die im TACIS-Programm, das demnächst ausläuft, integriert sind, werden zwar (im Sinne der ENP) zu einer „Peripherie“, bleiben allerdings strategisch und sicherheitspolitisch von großen Bedeutung für die EU.

Einige Regierungen der postsowjetischen Staaten (Ukraine, Georgien u.a.) nehmen deutlich Kurs auf EU-Mitgliedschaft, halten sich nicht zuletzt dadurch an der Macht und versprechen der eigenen Bevölkerung regelmäßig, so lange „an der Tür der EU zu klopfen, bis man uns rein lässt“. Da allerdings die Konsolidierung der bereits erweiterten EU lebenswichtig für die Fortführung des europäischen Einigungsprozesses ist, bleibt der Erweiterungsprozess zunächst gebremst. Um diese europafreundlichen und euro-paorientierten Staaten nicht an andere regionale Mächte zu verlieren, bedarf es einer intensiven Nachbarschaftspolitik, die reale Alternativen zum Beitritt anbieten kann. Man zieht z.B. neue Assoziierungsabkommen in Erwägung,⁹ die neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und dem Aufbau neuer gemeinsamer Institutionen auch eine weitere Demokratieförderung und eine breite Palette gesellschaftlich-politischer und sicherheitspolitischer Kooperationsmaßnahmen beinhalten. Die parteinahen Stiftungen, die seit geraumer Zeit in diesen Ländern Demokratie fördern

9 Barbara Lippert, Assoziierung plus gesamteuropäische Aufgabenkonföderation: Plädoyer für eine selbstbewusste EU-Nachbarschaftspolitik, in: Integration Nr. 2/2006, S. 149 – 157, hier: 151.

und den politischen Dialog vorantreiben, werden einen wesentlichen Beitrag zur Realisierung dieser Strategie leisten können.

Zwei weitere Bereiche der Arbeit der politischen Stiftungen, nämlich die Unterstützung des *europäischen Einigungsprozesses* und die Pflege der *transatlantischen* Beziehungen, die auf den ersten Blick, nur auf den „Westen“ ausgerichtet sind, sind in Wirklichkeit auf engste Weise mit den Aufgaben der ENP und mit den außen- und sicherheitspolitischen Interessen der EU verbunden. In der Europapolitik sind die Organisationen wie die politischen Stiftungen unersetzlich, nicht nur wegen der Kontaktnetzwerke auf der politischen und gesellschaftlich-politischen Ebene, sondern auch weil ihre Arbeit das für das Fortschreiten der politischen Integration erforderliche Zusammenwachsen von unterschiedlichen politischen Kulturen fördert. Die politischen Stiftungen tragen viel zu einem auf der politischen und gesellschaftlich-politischen Ebene geführten grenzüberschreitenden Diskurs bei, der versucht, die historisch gewachsenen Barrieren und Tabus im positiven, konstruktiven Sinne aufzulösen. Ein solcher Diskurs trägt zur allmählichen Entstehung der „europäischen“ politischen Kultur und somit zur Konsolidierung innerhalb der EU bei.

Im Bereich der transatlantischen Zusammenarbeit werden vor allem Eliten auf sicherheitspolitischer, politischer, wissenschaftlicher und bedingt auch auf kultureller Ebene (falls einen gesellschaftlich-politischer Bezug existiert) vernetzt. Aber mit der Elitenvernetzung wird die Arbeit der Stiftungen in diesem Bereich nicht erschöpft. Auch hier werden in zunehmenden Maße die Gesellschaften zusammengeführt, und zwar nicht nur deutsche, europäische und amerikanische, sondern auch die anderer Staaten, auch aus dem europäischen Nachbarraum. Ein kleines Beispiel: gerade in der Zeit, als sich die offizielle Politik Russlands, Deutschlands und Frankreichs in der Ablehnung der militärischen Intervention der USA im Irak einig war, bemühten sich die Büros der KAS in Moskau und in Washington um die Intensivierung der sicherheitspolitischen „Trialoge“ zwischen USA, Russland und Deutschland.

Auch hier werden also transnationale Netzwerke geschaffen, auch hier entfalten sich die Stiftungen in allen ihren Eigenschaften: als Akteure und In-

strumente der deutschen und – immer mehr – auch der europäischen Politik, als Katalysatoren der transnationalen politischen und gesellschaftlich-politischen Zusammenarbeit.

Besonders in letzter Zeit ergaben sich Aufgabenbereiche, die für die gesamte Auslandsarbeit der Stiftungen aktuell sind, auch wenn die Schwerpunkte sich von Land zu Land unterscheiden und im Rahmen der laufenden Zusammenarbeit regional- bzw. länderspezifisch umgesetzt werden. Zu solchen *überregionalen Aufgaben* gehören u.a. der Umgang mit den Folgen der Globalisierung, die Krisen- und Konfliktprävention und der damit verbundene Kampf gegen den internationalen Terrorismus, aber auch Dialog der Kulturen, Frauenpolitik usw. Als Beispiele können Programme wie „Solidarische Globalisierungsgestaltung“ (FES), „Gender- und Frauenpolitik“ (FES) oder das Sonderprogramm „Dialog mit dem Islam“ (KAS) genannt werden. Die KAS, die sich bemüht, in ihrer Arbeit das „große C“ der ihr nahe stehenden Partei nach Möglichkeit nicht zu vergessen, befasste sich z.B. in Russland sogar mit den sozialen Konzepten der russischen Orthodoxie und mit den Beziehungen zwischen Staat und Kirche.

Im Bereich der Krisen- und Konfliktprävention spielen die Stiftungen eine besondere Rolle. Sie können sich sowohl in einer langfristigen strukturorientierten Prävention als auch in der kurzfristigen prozessorientierten Prävention einsetzen, obwohl der Schwerpunkt deutlich auf den langfristigen Projekten liegt. Funktionierende zivilgesellschaftliche Strukturen und demokratische Rechtskultur sind die wichtigsten Indikatoren der Friedensfähigkeit bzw. der Konfliktträchtigkeit von Gesellschaften. Die Arbeit der Stiftungen leistet einen entscheidenden Beitrag dazu, dass die Prävention langfristig zu einer innenpolitischen Sache der entsprechenden Staaten wird und keiner Einmischung von außen bedarf. Ihre Arbeit ist auf die Herausbildung stabiler rechtstaatlicher Gesellschaften und somit auch auf die Schaffung ziviler Konfliktaustragungsmöglichkeiten gerichtet.

In Notfällen – aber wirklich nur in solchen – beschränken sich die Stiftungen auch auf rein „technische Projekte.“ In diesem speziellen Bereich steht die HSS, die u.a. breite Programme zur Berufsbildung anbietet, außer Konkurrenz. „Technische“ Projekte werden in der Regel dort angeboten, wo

eine unmittelbare politische Arbeit aus diversen Gründen zunächst nicht möglich ist, ein außenpolitisch bedingtes Interesse an einer Präsenz im Lande aber fortbesteht. Es kann um einen totalitären Staat gehen, in dem eine politische Arbeit nicht möglich ist, oder um ein Land, das noch im Aufbau ist und in dem die Stiftung erst Fuß fassen will. In der Anfangsphase ihrer Arbeit auf dem Balkan hat die KAS, z.B. ein Projekt „Tausend Dächer“ durchgeführt, in dem es in der Tat um Dächer ging, genauer gesagt, um die Verbesserung der Lebensbedingungen der aufgrund der Bürgerkriege leidenden Bevölkerung. Doch im Unterschied zu den sozial orientierten NGOs sind solche Projekte für die Stiftungen kein Selbstzweck. Erst Fuß gefasst, bemühen sie sich um Aufbau eines breiten Kontaktnetzes mit Schlüsselpersonen in politischer Verantwortung und beginnen mit ihrer eigentlichen Arbeit. Zu den bewährten Ausgangspositionen für die Aufnahme der Arbeit in einem Land, aber auch zu den Nischen, in welche sich die Stiftung bei „Gefahr“ vorübergehend zurückziehen kann, gehören außerdem die wissenschaftliche Zusammenarbeit (Vorlesungsreihen an Universitäten, gemeinsame Projekte mit Forschungsinstituten vor Ort, Förderung von Übersetzungsprojekten), kulturell-politische oder sogar rein kulturelle Aufgaben.

Beispiel: Russland¹⁰

Betrachten wir am konkreten Beispiel Russland, wie die Arbeit einer politischen Stiftung in einem Land angelegt ist, das ein geographischer Nachbar der EU ist und in vielen Bereichen mit den Instrumenten der ENP behandelt wird, ohne in die ENP einbezogen zu sein.

„In den mittel- und osteuropäischen Staaten entwickelte sich Ende der 80er Jahre eine große Nachfrage nach Dialogprogrammen über Wege der Transformation. Unsere Projektarbeit konnte Beiträge zum Umbau der Wirt-

10 An dieser Stelle danke ich den im Jahre 2004 in Moskau tätigen Außenstellenleitern Herrn Dr. Falk Bomsdorf (FNS), Herrn Dr. Matthes Buhbe (FES), Herrn Christian Forstner (HSS), Herrn Dr. Wolfgang Grabowski (RLS), Herrn Dr. Markus Ingelath (KAS), Herrn Jens Siegert (HBS) für die Interviews, die sie für mein Buch „Frei von den Zwängen der Tagespolitik“ im Herbst 2004 gegeben haben.

schaft und Gesellschaft in Richtung des europäischen Modells mit Aussicht auf EU-Vollmitgliedschaft liefern. Praktisch alle Staaten Mittel- und Osteuropas strebten die EU-Mitgliedschaft an, so dass wir ein interessanter Partner waren. Ähnlich, aber hinsichtlich der EU-Beitrittsperspektive doch auch anders, verhält es sich mit unserer Arbeit in Russland“ – so der Leiter des Moskau-Büros der FES. Die FES hat ihre Arbeit in Moskau noch in Spätsowjetzeiten aufgenommen, ihr folgte zu Jahreswechsel 1990/91 die KAS und die HSS, 1993 kam die FNS dazu. Die alte Böll-Stiftung koordinierte ihre Projekte im Russland mit Hilfe eines Korrespondenten, der 1999 Leiter des Büros der HBS geworden ist. Im Jahre 2003 wurde auch ein Büro der RLS eröffnet. Somit sind in Russland gegenwärtig alle sechs politischen Stiftungen vertreten.

Aufgrund der Besonderheiten der russischen Steuergesetzgebung wird vorwiegend im Rahmen der Regieprogramme gearbeitet. Für wohltätige Organisationen gibt es steuerliche Erleichterungen, aber politische Stiftungen betreiben keine Wohltätigkeit. Im Unterschied zu privaten Sponsoren verwalten sie aber öffentliche Gelder und sind nicht profitorientiert. Gegenwärtig sind sie in Russland als nichtselbständige Repräsentanzen nicht-kommerzieller deutscher Organisationen beim Justizministerium registriert.

Alle Stiftungen arbeiten auf dem gleichen Terrain und haben ähnliche Zielvorstellungen. Auch die Zielgruppen sind für die Arbeit einer Stiftung in einem Transformationsstaat ähnlich, obwohl natürlich die jeweilige Parteinähe für eine entsprechende Schwerpunktesetzung sorgt. „Russland ist groß, die Aufgaben sind reichhaltig genug für unterschiedliche Ansätze bei gleichem Thema“, sagt der Leiter des Moskau-Büros der FES. Jede Stiftung hat eigene Arbeitsweisen. „Große Stiftungen verfolgen Großprojekte“, so der Leiter des FNS-Büros in Moskau, „Unsere Projekte sind vielleicht nicht so groß angelegt, dafür aber zahlreich und meist maßgeschneidert“.

Jede Stiftung arbeitet mehr oder weniger intensiv mit diversen russischen NGOs zusammen, allerdings überschneidet sich ihre Arbeit so gut wie nicht. Für die HBS steht die Zusammenarbeit mit den kompromisslosen, radikaldemokratischen NGOs, die sich nicht in staatliche Strukturen einbinden lassen, im Mittelpunkt: „Wir unterstützen russische NGOs, wir ar-

Die Bedeutung der deutschen parteinahen Stiftungen

beiten mit ihnen zusammen und wir bemühen uns, die Zusammenarbeit zwischen den russischen NGOs zu fördern“, so der Leiter des HBS-Büros in Moskau. Das entspricht dem Selbstverständnis dieser Stiftung und ihrem kämpferischen Motto: „Einmischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben“ (Heinrich Böll). Mit einer bedeutenden regierungskritischen Organisation „Memorial“ hat die HBS z.B. ein großes, aus drei großen Blöcken bestehendes Projekt. Die FNS, die u.a. auch mit „Memorial“ zusammenarbeitet, konzentriert sich eher auf die junge Generation in dieser NGO. Für die KAS kommen als Partner auch jene NGOs in Frage, die „unabhängig sind, die sich aber auch vorstellen können, mit staatlichen Strukturen zusammenzuarbeiten, falls es ihren Prinzipien nicht widerspricht“.

Die Zusammenarbeit mit den politischen Parteien, bzw. mit dem, was sich im Russland der 90er Jahre als „Partei“ bezeichnete, erwies sich von Anfang an als problematisch, zumal es keine Volksparteien gab und sie im politischen Machtgefüge eher eine geringe Rolle spielten. Dasselbe galt für die Zusammenarbeit mit dem Parlament. Nach den politischen Turbulenzen 1993 bevorzugten die Stiftungen, mit einzelnen demokratischen Politikern und Abgeordneten zusammenzuarbeiten. Gegenwärtig wird auch mit den Parteien zusammengearbeitet. Da allerdings die Konsolidierung der parteipolitischen Profile und Programme nicht abgeschlossen ist, so dass es nach wie vor keine starken demokratischen Massenparteien gibt, die als natürliche Partner der entsprechenden parteinahen Stiftungen in Betracht kämen, orientiert man sich bei der Zusammenarbeit an der aktuellen ideologischen Ausrichtung der Parteien und an ihrer Regierungsnähe. Verständlich, dass sich jede Stiftung um die Zusammenarbeit mit „Einiges Russland“, die als „Partei der Macht“ galt, bemühte. Zu den beliebten Partnern gehörte die liberale Partei „Jabloko“, die auch über eine ihr nahe stehende Stiftung verfügte. Stiftungen aus den „alten“ Bundesländern arbeiteten zudem gerne mit einzelnen Politikern der rechtsliberalen „Union der Rechten Kräfte“ zusammen. Die RLS pflegte Kontakte zu den Kommunisten und zu der als gemäßigt national geltenden „Heimat. Da die Parteienlandschaft allerdings immer noch nicht stabil ist und die Fluktuation der Politiker nach wie vor hoch ist, wird es bevorzugt, mit möglichst vielen verschiedenen politischen Entscheidungsträgern zusammenzuarbeiten. So kam es vor, dass an den

Seminaren der KAS, wie der Leiter ihres Büros erzählte, neben Politikern aus „Jabloko“ auch Abgeordnete aus der Fraktion der Kommunisten teilnahmen.

Zusammenarbeit mit den Regierungsstrukturen ist an der Tagesordnung. Selbst die HBS verzichtet nicht auf Maßnahmen im Rahmen des politischen Dialogs „in welchen deutsche[...] und russische[...] NGOs, deutsche und russische Regierungsvertreter einbezogen werden“. Der regionale Ansatz war stets sehr stark ausgeprägt. Dies hing mit den Arbeitskonzepten der Stiftungen zusammen, in welchen Dezentralisierung als wichtiges Element der Demokratieförderung verstanden wurde. „Russland wird über die Regionen gesunden – oder gar nicht“, so der Leiter des FNS-Büros. Alle Stiftungen arbeiten in den Regionen, die FNS hat sogar ein regionales (allerdings mit Ortskraft besetztes) Büro in Sibirien. Auch wenn Putins Ära andere politische Akzente setzte und gewisse Zentralisierungstendenzen wieder da sind, wird die Arbeit in den Regionen weiter geführt, wenn auch bei einigen Stiftungen nicht mehr so intensiv wie früher. Vieles hängt allerdings von den Mitteln ab, die die Stiftungen für ihre Projektarbeit erhalten. Die Zeiten knapper Kassen diktieren Schwerpunktsetzungen.

Es ist inzwischen mehr als 15 Jahre her, dass die Stiftungen ihre Arbeit in Russland aufgenommen haben. Eine eindeutige Bewertung bezüglich des Anfang der 90er Jahre erklärten Projektziels „Demokratisierung“ kann aber kaum gegeben werden. Auf russischer Seite, bei den Entscheidungsträgern und Multiplikatoren gibt es inzwischen keine Wissensdefizite mehr, was die Institutionen und politischen Mechanismen der Demokratien betrifft. Andererseits scheint Russland in Sachen Demokratie nun einen eigenen Weg gewählt zu haben. Wie geht es weiter? Gegenwärtig gewinnt ein politischer Dialog über aktuelle Themen, sei es Sozialwesen, Kommunalpolitik, oder außen- und sicherheitspolitische Probleme, an Bedeutung. „Deutsch-russischer Dialog ist zugleich ein Dialog zwischen EU und Russland. Europäische Thematik ist bei uns sehr stark ausgeprägt“, so der Leiter der HSS-Verbindungsstelle in Moskau. Es liegt an der EU, deutsche politische Stiftungen noch intensiver in die Verwirklichung der gemeinsamen europäischen Strategien im postsowjetischen Raum einzubeziehen.

Umstrittene Fragen

Es ist selbstverständlich, dass die Arbeit der Stiftungen nicht unumstritten bleibt. In Deutschland gibt es zwei Themen, die wohl auch in Zukunft die *Diskussion* über die Stiftungen bestimmen werden: Legalität der Globalzuschüsse des Bundes im Hinblick auf innenpolitische Arbeit und „Parteinähe“ im Hinblick auf die Finanzierung der Auslandsarbeit. Gelegentlich taucht letztgenanntes Thema auch im Zusammenhang mit den Spendenaffären auf; dann wirft man den Stiftungen vor, als „Geldwäsche-Anlagen“ zu fungieren und der Bereicherung der ihnen nahe stehenden Parteien zu dienen. In vorigen Jahrzehnten diskutierte man gelegentlich auch über die Intensität der Parteinähe in der entwicklungspolitischen Projektarbeit. Den Vorwurf, die Stiftungen tragen durch die Unterstützung von deutschen Parteien nahe stehenden Gruppen innenpolitische Auseinandersetzungen ins Ausland, erwiderten die Stiftungen mit dem begründeten Gegenargument, politischen Pluralismus in den Gastländern zu fördern. Darüber hinaus sind sie durchaus zum „politischen Altruismus“ fähig: sollte im Gastland zunächst nur eine Stiftung vertreten werden, vergisst sie ihre „Parteinähe“ und arbeitet mit einem möglichst breiten Spektrum der demokratieorientierten politischen Kräfte zusammen. Inzwischen haben sich die Stiftungen aber so fest im Bereich der Demokratieförderung etabliert, dass eine solche Kritik eher der Vergangenheit angehört.

Im Ausland wirft man der Stiftungen gelegentlich „Einmischung in innere Angelegenheiten“ vor. Da die Stiftungen in ihren Entscheidungen weitgehend unabhängig sind, steht es ihnen frei, außenpolitisch umstrittene, für das Selbstverständnis der Stiftungen aber wichtige Projekte auf eigenes Risiko und aus eigenen Mittel durchzuführen und die Verantwortung hierfür zu tragen. Im Sinne des internationalen Rechts bewegen sich die Stiftungen auf dem dünnen Eis; ihre Zusammenarbeit mit oppositionellen Gruppen kann von Regierungen toleriert bzw. geduldet werden. Keine Norm kann aber eine solche Zusammenarbeit legitimieren bzw. die Geduld der Regierungen erzwingen. Daher kommt es gelegentlich vor, dass konkrete Fragen, die aufgrund der Arbeit der Stiftungen in einem Land entstehen, auf diplomatischer Ebene durch den Austausch von Noten geregelt werden.

Es gab auch – wenn auch sehr selten – Fälle, in denen die gesamte Arbeit der Stiftungen in einem Land ins Visier der Kritik geriet, wie z.B. 2001/2002 in der Türkei, wo die Stiftungen Opfer einer Verleumdungskampagne der europafeindlichen politischen Kräfte wurden. In der Regel sind solche Vorfälle durch die innenpolitischen Kämpfe im Gastland motiviert.

Der Tätigkeit der Stiftungen kann im Prinzip keine eindeutige politische Bewertung gegeben werden. Es kommt dabei auf das Land und auf den politisch-ideologischen Blickwinkel an, unter welchem ihre Arbeit analysiert wird. Ihre große Bedeutung für die deutsche Außenpolitik ist und bleibt jedoch unumstritten.

Schlussbetrachtung

Solange die politische Konsolidierung innerhalb der EU noch in den Kinderschuhen steckt, so dass der politische Einfluss der europäischen Parteienvereinigungen nicht mit den die nationale Außen- und Europapolitik gestaltenden Möglichkeiten der politischen Parteien zu vergleichen ist, ist es vermutlich zu früh, über europäische Organisationen zu spekulieren, die den deutschen politischen Stiftungen ähnlich wären und den europäischen Parteien nahe stünden.¹¹

Daher wäre es mehr als ratsam, die deutschen parteinahen Stiftungen, die bereits in einigen europäischen Projekten tätig sind und Mittel für diese erhalten, noch intensiver als bisher in die europäische Außenpolitik zu integrieren und sie bewusst bei der Realisierung der neuen europäischen Nachbarschaftspolitik einzusetzen. Dies wäre für beide Seiten von Nutzen. Die Stiftungen, die zu Hause in den letzten Jahren immer mehr unter Spar-

11 Auf die rechtliche Schwierigkeiten weist Cécilie Schildberg hin: ein europäisches Vereinsrecht ist noch im Entstehen, so dass sich z.B. die den europäischen Christdemokraten nahe stehende Robert-Schuman-Stiftung von rechtlicher Seite her eher auf die „Macht des Faktischen“ gründet. Cécilie Schildberg, Katalysatoren der transnationalen Parteienzusammenarbeit im 20. Jahrhundert - die Rolle der deutschen parteinahen Stiftungen, Tagungspapiere, 11 S. http://www.ruhr-uni-bochum.de/iga/isb/frameset_isb.htm.

Die Bedeutung der deutschen parteinahen Stiftungen

zwang zu leiden haben und mit immer knapperen Mitteln immer größere Aufgaben bewältigen müssen, könnten entsprechend europäische Mittel erhalten, um ihre Projekte in vollem Maße zu entfalten. Die EU würde ihrerseits mehrere Ziele der ENP realisieren können und dazu noch Geld sparen, das sonst in den Aufbau von Netzwerken und in eine funktionierende Infrastruktur hätte investiert werden müssen.

Die politischen Stiftungen, die zum einen ein Produkt der politischen Kultur Deutschlands sind und diese zum anderen unverwechselbar prägen, sind in dieser Form ein einzigartiges Phänomen. „Ein Stück unserer Kultur strahlt von diesen Stiftungen in die Welt aus“ sagte seinerzeit Helmut Kohl¹². Diese vitale, demokratische politische Kultur muss von den Stiftungen nicht einmal gezielt vermittelt werden; sie kommt von sich selbst zum Ausdruck, indem die Stiftungen im Ausland ihren außen- und entwicklungspolitischen Auftrag wahrnehmen. Die politischen Stiftungen können mehr, als nur Instrumente der ENP werden: so wie sie die deutsche Außenpolitik bereichert haben, so werden sie die europäische Politik langfristig bereichern und Anstöße für die Entwicklung neuer gesamteuropäischer Strategien geben können. Es liegt nun an der EU, das Potenzial dieser Organisationen im vollen Maße zu nutzen!

12 Helmut Kohl, Ansprache beim Festakt am 28. Februar 1989 in der Konrad-Adenauer-Stiftung, in: Beitrag der politischen Stiftungen zur Stärkung der Demokratie und des Friedens in der Welt. Eine Auswahl von Reden und Dokumentation, Sankt-Augustin, 1997, vervielfältigt.

ZEI DISCUSSION PAPER: Bisher erschienen / Already published:

- C 1 (1998) Frank Ronge (Hrsg.)
Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union
- C 2 (1998) Gabor Erdödy
Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns
- C 3 (1998) Stephan Kux
Zwischen Isolation und autonomer Anpassung: Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?
- C 4 (1998) Guido Lenzi
The WEU between NATO and EU
- C 5 (1998) Andreas Beierwaltes
Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?
- C 6 (1998) Jerzy Buzek
Poland's Future in a United Europe
- C 7 (1998) Doug Henderson
The British Presidency of the EU and British European Policy
- C 8 (1998) Simon Upton
Europe and Globalisation on the Threshold of the 21st Century.
A New Zealand Perspective
- C 9 (1998) Thanos Veremis
Greece, the Balkans and the European Union
- C 10 (1998) Zoran Djindjic
Serbiens Zukunft in Europa
- C 11 (1998) Marcus Höreth
The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy
- C 12 (1998) Saadollah Ghaussy
Japan and the European Union
- C 13 (1998) Walter Schweidler
Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa
- C 14 (1998) Wolfgang Ischinger
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam
- C 15 (1998) Kant K. Bhargava
EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation
- C 16 (1998) Anthony J. Nicholls
Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?
- C 17 (1998) Nikolaj Petersen
The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam
- C 18 (1998) Aschot L. Manutscharjan
Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven
- C 19 (1998) Stefan Fröhlich
Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO
- C 20 (1998) Tönis Lukas
Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa
- C 21 (1998) Wim F. van Eekelen
Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- C 22 (1998) Ludger Kühnhardt
Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts.
- C 23 (1998) Marco Bifulco
In Search of an Identity for Europe
- C 24 (1998) Zbigniew Czachór
Ist Polen reif für die Europäische Union?
- C 25 (1998) Avi Primor
Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union
- C 26 (1998) Igor Leshoukov
Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration
- C 27 (1998) Dirk Rohtus
Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa

- C 28 (1998) Jürgen Rüttgers
Europa – Erbe und Auftrag
- C 29 (1999) Murat T. Laumulin
Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
- C 30 (1999) Valdas Adamkus
Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania
in the 21st Century's Continent
- C 31 (1999) Ivo Samson
Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU.
- C 32 (1999) Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala
Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven
- C 33 (1999) Dietrich von Kyaw
Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des
Europäischen Rates in Wien
- C 34 (1999) Hagen Schulze
Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike
- C 35 (1999) Günter Verheugen
Germany and the EU Council Presidency
- C 36 (1999) Friedbert Pflüger
Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt
- C 37 (1999) José María Gil-Robles
Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union
- C 38 (1999) Peter Wittschorek
Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999
- C 39 (1999) Anatolij Ponomarenko
Die europäische Orientierung der Ukraine
- C 40 (1999) Eduard Kukan
The Slovak Republic on its Way into the European Union
- C 41 (1999) Ludger Kühnhardt
Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt
- C 42 (1999) Simon Green
Ausländer, Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der
europäischen Unionsbürgerschaft?
- C 43 (1999) Ljerka Mintas Hodak
Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of
European Integration
- C 44 (1999) Wolfgang Schäuble
Unsere Verantwortung für Europa
- C 45 (1999) Eric Richard Staal
European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma
- C 46 (1999) Marek J. Siemek
Demokratie und Philosophie
- C 47 (1999) Ioannis Kasoulides
Cyprus and its Accession to the European Union
- C 48 (1999) Wolfgang Clement
Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik
- C 49 (1999) Volker Steinkamp
Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem
Ersten Weltkrieg
- C 50 (1999) Daniel Tarschys
50 Jahre Europarat
- C 51 (1999) Marcin Zaborowski
Poland, Germany and EU Enlargement
- C 52 (1999) Romain Kirt
Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung
- C 53 (1999) Ludger Kühnhardt
Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens

- C 54 (1999) Lothar Rühl
Conditions and options for an autonomous „Common European Policy on Security and Defence“ in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999
- C 55 (1999) Marcus Wenig (Hrsg.)
Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei
- C 56 (1999) Rafael Biermann
The Stability Pact for South Eastern Europe - potential, problems and perspectives
- C 57 (1999) Eva Slivková
Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession
- C 58 (1999) Marcus Wenig (Ed.)
A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations
- C 59 (1999) Ivo Sanader
Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership
- C 60 (2000) Ludger Kühnhardt
Europas Identität und die Kraft des Christentums
- C 61 (2000) Kai Hafez
The West and Islam in the Mass Media
- C 62 (2000) Sylvie Goulard
Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich
- C 63 (2000) Elizabeth Meehan
Citizenship and the European Union
- C 64 (2000) Günter Joetze
The European Security Landscape after Kosovo
- C 65 (2000) Lutz Rathenow
Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger
- C 66 (2000) Panos Kazakos
Stabilisierung ohne Reform
- C 67 (2000) Marten van Heuven
Where will NATO be ten years from now ?
- C 68 (2000) Carlo Masala
Die Euro-Mediterrane Partnerschaft
- C 69 (2000) Weltachsen 2000/World Axes 2000. A documentation
- C 70 (2000) Gert Maichel
Mittel-/Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?
- C 71 (2000) Marcus Wenig (Hrsg.)
Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration
- C 72 (2000) Ludger Kühnhardt/Henri Ménudier/Janusz Reiter
Das Weimarer Dreieck
- C 73 (2000) Ramiro Xavier Vera-Fluixa
Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union
- C 74 (2000) Xuewu Gu (Hrsg.)
Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?
- C 75 (2000) Stephen C. Calleya
Is the Barcelona Process working?
- C 76 (2000) Ákos Kengyel
The EU's Regional Policy and its extension to the new members
- C 77 (2000) Gudmundur H. Frimannsson
Civic Education in Europe: Some General Principles
- C 78 (2000) Marcus Höreth
Stille Revolution im Namen des Rechts?
- C 79 (2000) Franz-Joseph Meiers
Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?

- C 80 (2000) Gennady Fedorov
Kaliningrad Alternatives Today
- C 81 (2001) Ann Mettler
From Junior Partner to Global Player: The New Transatlantic Agenda and Joint Action Plan
- C 82 (2001) Emil Minchev
Southeastern Europe at the beginning of the 21st century
- C 83 (2001) Lothar Rühl
Structures, possibilities and limits of European crisis reaction forces for conflict prevention and resolution
- C 84 (2001) Viviane Reding
Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft
- C 85 (2001) Ludger Kühnhardt
Towards Europe 2007. Identity, Institution–Building and the Constitution of Europe
- C 86 (2001) Janusz Bugajski
Facing the Future: The Balkans to the Year 2010
- C 87 (2001) Frank Ronge / Susannah Simon (eds.)
Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe
- C 88 (2001) Ralf Elm
Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze einer interkulturellen Philosophie
- C 89 (2001) Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Big Leap to the West: The Impact of EU on the Finnish Political System
- C 90 (2001) Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.)
Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation
- C 91 (2001) Jörg Monar
EU Justice and Home Affairs and the Eastward Enlargement: The Challenge of Diversity and EU Instruments and Strategies
- C 92 (2001) Michael Gehler
Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich
- C 93 (2001) Georg Michels
Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten
- C 94 (2001) Marcus Höreth
The European Commission's White Paper Governance: A 'Tool-Kit' for closing the legitimacy gap of EU policymaking?
- C 95 (2001) Jürgen Rüländ
ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship
- C 96 (2001) Bo Bjurulf
How did Sweden Manage the European Union?
- C 97 (2001) Biomedizin und Menschenwürde.
Stellungnahmen von Ulrich Eibach, Santiago Ewig, Sabina Laetitia Kowalewski, Volker Herzog, Gerhard Höver, Thomas Sören Hoffmann und Ludger Kühnhardt
- C 98 (2002) Lutz Käppel
Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas
- C 99 (2002) Vaira Vike-Freiberga
Republik Lettland und das Land Nordrhein-Westfalen – Partner in einem vereinten Europa
- C 100 (2002) Janusz Musial
Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Opoln) nach Deutschland. Ein Testfall für die Erwerbswanderungen nach der Osterweiterung?
- C 101 (2002) Felix Maier (Hrsg.)
Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership.
- C 102 (2002) Hendrik Vos
The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken
- C 103 (2002) Helmut Kohl
Der EURO und die Zukunft Europas

- C 104 (2002) Ludger Kühnhardt
The Lakes of Europe
- C 105 (2002) Katharina von Schnurbein
Der tschechische EU-Beitritt: Politischer Prozeß wider die öffentliche Meinung
- C 106 (2002) Andrew Dennison
Shades of Multilateralism. U.S. Perspectives on Europe's Role in the War on Terrorism
- C 107 (2002) Boris Hajoš et.al.
The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries
- C 108 (2002) Hans von der Groeben
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 109 (2002) Emil Mintchev /Klaus Büniger
A Sustained Economic Revival in Kosovo. Need for a Liberal Concept
- C 110 (2002) Michael Lochmann
Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeer-Kooperation und Europäischer Union
- C 111 (2002) Indra de Soysa / Peter Zervakis (eds.)
Does Culture Matter? The Relevance of Culture in Politics and Governance in the Euro-Mediterranean Zone
- C 112 (2002) José Manuel Martínez Sierra
The Spanish Presidency. Buying more than it can choose?
- C 113 (2002) Winfried Loth
Europäische Identität in historischer Perspektive
- C 114 (2002) Hansjörg Eiff
Serbien – zwei Jahre nach Milosevics Sturz
- C 115 (2002) Peter Doyle
Ireland and the Nice Treaty
- C 116 (2002) Stefan Fröhlich
Das Projekt der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP): Entwicklungen und Perspektiven
- C 117 (2003) Ludger Kühnhardt
Welche Grenzen setzt die Globalisierung der europäischen Integration?
- C 118 (2003) Franz-Josef Meiers (Hrsg.)
Die Auswirkungen des 11. September 2001 auf die transatlantischen Beziehungen
- C 119 (2003) Hubert Iral
Between Forces of Inertia and Progress: Co-decision in EU-Legislation
- C 120 (2003) Carlo Masala (ed.)
September 11 and the Future of the Euro-Mediterranean Cooperation
- C 121 (2003) Marcus Höreth
When Dreams Come True: The Role Of Powerful Regions In Future Europe
- C 122 (2003) Glen Camp
The End of the Cold War and US-EU-Relations
- C 123 (2003) Finn Laursen / Berenice L. Laursen
The Danish Presidency 2002: Completing the Circle from Copenhagen to Copenhagen
- C 124 (2003) ZEI (Hrsg.)
Der Verfassungsentwurf des EU-Konvents. Bewertung der Strukturentscheidungen
- C 125 (2003) Hans-Christian Maner
Multiple Identitäten – Der Blick des orthodoxen Südosteuropa auf „Europa“
- C 126 (2003) Janko Prunk
Die rationalistische Zivilisation
- C 127 (2003) Władysław Bartoszewski
Europas Identität nach der Osterweiterung
- C 128 (2003) Dimitris K. Xenakis and Dimitris N. Chrysochoou
The 2003 Hellenic Presidency of the European Union. Mediterranean Perspectives on the ESDP

- C 129 (2004) Fritz Hellwig
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 130 (2004) Thorsten Faas / Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Difference Between Real And Potential Power: Voting Power, Attendance and Cohesion
- C 131 (2004) Andreas Jacobs (ed.)
Euro-Mediterranean cooperation: enlarging and widening the perspective
- C 132 (2004) Ludger Kühnhardt / Gabor Erdödy / Christoph Böhr
L'Europa centrale fra le culture politiche nazionali tradizionali ed una nuova identità europea
- C 133 (2004) Hubert Iral
Wartesaal oder Intensivstation? Zur Lage der EU nach der gescheiterten Regierungskonferenz
- C 134 (2004) Nicole Groß
Netzwerkbildung in der EU als regionale Standortpolitik? Nordrhein-Westfalen und die transnationalen Beziehungen zu Regionen im Benelux-Raum sowie in Mittel- und Osteuropa
- C 135 (2004) Karl-Heinz Narjes
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 136 (2004) Ludger Kühnhardt
The Global Proliferation of Regional Integration. European Experience and World-wide Trends
- C 137 (2004) Andreas Marchetti (ed.)
The CSCE as a Model to Transform Western Relations with the Greater Middle East
- C 138 (2004) Lothar Rühl
Conditions for a European intervention strategy in application of the ESDP and US/Nato crisis management
- C 139 (2004) Hubert Iral
Im Spannungsfeld zwischen Normalzustand und Legitimationsfragen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung und des Verfassungsgebungsprozesses
- C 140 (2004) Franz-Josef Meiers
Transatlantic Relations after the U.S. Elections. From Rift to Harmony?
- C 141 (2004) Ludger Kühnhardt
From National Identity to European Constitutionalism. European Integration: The first fifty years
- C 142 (2005) Ashkaan Rahimi
The Evolution of EU Asylum Policy
- C 143 (2005) Samuel Wells / Ludger Kühnhardt (eds.)
The Crisis in Transatlantic Relations
- C 144 (2005) Hansjörg Eiff
Zum Problem des Kosovo-Status
- C 145 (2005) Miguel E. Cárdenas / Christian Arnold
La experiencia de la Unión Europea y sus anécdotas para la «Comunidad Andina de Naciones» (CAN)
- C 146 (2005) Franjo Štiblar
Preservation of National Identity and Interests in the Enlarged EU
- C 147 (2005) Erol Esen
Grundzüge der Kommunalverwaltung und die europäische Integration der Türkei. Strukturen, Aufgaben und Standpunkte
- C 148 (2005) Jürgen Elvert
Zur gegenwärtigen Verfassung der Europäischen Union. Einige Überlegungen aus geschichtswissenschaftlicher Sicht
- C 149 (2005) Matti Wiberg
New Winners and Old Losers. A Priori Voting Power in the EU25

- C 150 (2005) Siebo M. H. Janssen
Belgien – Modell für eine föderal verfasste EU? Die Föderalisierung Belgiens im Kontext der Europäischen Integration
- C 151 (2005) Geert-Hinrich Ahrens
Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine. Die schwierige Mission der OSZE/ODIHR-Wahlbeobachter (August 2004 bis Januar 2005)
- C 152 (2005) Ludger Kühnhardt
Northeast Asia: Obstacles to Regional Integration. The Interests of the European Union
- C 153 (2005) Martin Zimmek
Integrationsprozesse in Lateinamerika. Aktuelle Herausforderungen in Mittelamerika und der Andenregion
- C 154 (2005) Andreas Marchetti (ed.)
Ten Years Euro-Mediterranean Partnership. Defining European Interests for the Next Decade
- C 155 (2006) Valeria Marziali
Lobbying in Brussels. Interest Representation and Need for Information
- C 156 (2006) Nina Eschke / Thomas Malick (eds.)
The European Constitution and its Ratification Crisis. Constitutional Debates in the EU Member States
- C 157 (2006) Ludger Kühnhardt
European Integration: Challenge and Response. Crises as Engines of Progress in European Integration History
- C 158 (2006) Andreas Marchetti
The European Neighbourhood Policy. Foreign Policy at the EU's Periphery
- C 159 (2006) Thomas Demmelhuber
The Euro-Mediterranean Space as an Imagined (Geo-)political, Economic and Cultural Entity
- C 160 (2006) Emil Mintchev / Janusz Musial
Stabilität durch Bildung. Die Fortbildungsprojekte des "Zentrum für Europäische Integrationsforschung" (ZEI) in Südosteuropa (1999 – 2006)
- C 161 (2006) Jürgen Mittag
Escaping the Legitimacy-Accountability-Trap? Perspectives of Parliamentary Participation in European Security and Defence Policy
- C 162 (2006) Cordula Janowski
Globalization, Regional Integration and the EU. Pleadings for a Broader Perspective
- C 163 (2006) Swetlana W. Pogorelskaja
Die Bedeutung der deutschen parteinahen Stiftungen für die EU-Politik gegenüber den MOE- und GUS-Staaten

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** wurde 1995 als selbständig arbeitende, interdisziplinäre Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet. In Forschung, Lehre und Politikberatung sowie im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis beteiligt sich das ZEI an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage im Internet: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfaßten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Jeder Beitrag unterliegt einem internen Auswahlverfahren und einer externen Begutachtung. Gleichwohl gibt er die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten zusammen. Die aktuelle Liste finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.zei.de>.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** was established in 1995 as an independent, interdisciplinary research institute at the University of Bonn. With research, teaching and political consultancy ZEI takes part in an intensive dialogue between scholarship and society in contributing to the resolution of problems of European integration and the development of Europe's global role. For further information, see: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. Each paper has been exposed to an internal discussion within the Center for European Integration Studies (ZEI) and an external peer review. The papers mostly reflect work in progress. For a current list, see the center's homepage: <http://www.zei.de>.